Haase: Mit Entschiedenheit muß ich einer Beschleunigung des Termins widersprechen. Wir wollen aufgeklärte Wähler zu den Wahlurnen führen. Besonders die Frauen bedürfen der Aufklärung. — Ein Redner aus Baden erklärt, die Nationalversammlung kann nicht schnell genug stattfinden.

Cohn (Citfront): Der Kampfruf muß nicht heißen: Hier Mehrheit! Hier Unabhängige!, sondern Hier Sozialismus! Hier Kapitalismus!

Ein Anhänger der Demokratischen Fraktion erklärt: Wir wollen keine neue Diktatur. Dafür bedanken wir uns.

Garbe (Kiel): Die Produktion muß schleunigst wieder aufgenommen werden. Dazu ist notwendig, daß das Volk bald zur Wahlurne schreitet. — Ein Soldat fordert schnellste Einberufung der Nationalversammlung.

Rickelt: Wir wollen die sozialistische Republik, verankert in der Vernunft. Die Errungenschaften der Revolution werden gesichert durch baldige Einberufung der Nationalversammlung und durch die Wahlen am 19. Januar.

Schauer: Das Rätesystem nützt uns nichts. Wir müssen eine feste Regierung haben, sonst ist unsre Landwirtschaft nicht in der Lage, Land zu bebauen und abzuernten.

Volksbeauftragter Scheidemann:

Die Arbeiter- und Soldatenräte waren eine notwendige Einrichtung, aber sie dürfen keine dauernde Einrichtung werden, sonst gehen wir dem sicheren Untergang entgegen. Sie haben nicht die nötige Autorität. Das hat sich ja hier gezeigt, wo Leute uns Schilder unter die Nase halten: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten", aber wo dieselben Leute die Räte hinausschmeißen wollen, wenn sie nicht nach ihrer Pfeife tanzen sollen. Bei solchen Zuständen würde Rußlands Gegenwart Deutschlands Zukunft sein. Der Bolschewismus kommt als Folge einer verkehrten Politik, auch wenn man ihn nicht will. Wir sind Sozialdemokraten, aber keine sozialen Diktatoren. (Beifall.) Wenn man dem ganzen Volke die Verantwortung auferlegen will, dann muß auch das ganze Volk mitbestimmen können. Ich wünsche aber, daß in der jetzigen verzweifelten Situation nicht eine Klasse die Verantwortung trägt, sondern das ganze Volk. (Lebhafte Zustimmung.) Es scheint fast, als habe man Angst vor der Abrechnung der Nationalversammlung. Ich und meine Freunde haben keine Angst vor dieser Abrechnung. Die technischen Schwierigkeiten in der schleunigen Wahl dürfen uns nicht schrecken. Die Soldaten, die noch draußen sind, werden es lieber sehen, wenn ohne sie gewählt wird, als wenn man noch länger wartet und damit das Elend für ihre Frauen und Kinder vermehrt. (Lebhafte Zustimmung.) Niemals ist eine Wahl besser vorbereitet worden, als die zur Nationalversammlung, denn seit 4½ Jahren sind die Gemüter für uns gewonnen worden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir noch lange so wirtschaften, wie jetzt in Berlin gewirtschaftet wird, dann werden die Wahlen immer schlechter für uns ausfallen. Die Mehrheit des Volks ist nicht für eine Diktatur. Berlin ist glücklicherweise nicht Deutschland. (Stürmischer Beifall.) Aber auch in Berlin haben ja die Wahlen zum Rätekongreß eine Mehrheit für die Nationalversammlung ergeben. Wir brauchen Brot und Frieden, aber nicht Tag für Tag Straßendemonstrationen und Spartakiaden mit Maschinengewehren. Brot und Frieden bringt uns nur die Nationalversammlung. Die Aufrechterhaltung der jetzigen Berliner Wirtschaft bringt uns aber mit sicherer Sicherheit den Bürgerkrieg. Sorgen Sie dafür, daß die Wahlen so schnell wie möglich, nämlich am 19. Januar, stattfinden. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen. Ein Tribünenbesucher pfeift.)

Vorsitzender Leinert droht, die Tribünen zu räumen, wenn sich solche unzulässige Kundgebungen von Zuhörern wiederholen. (Lärm bei den Revolutionären, die inzwischen in den Saal zurückgekehrt sind.)

In der dann folgenden

Abstimmung

wird zunächst mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, daß mit dem Verbande sofort wegen Freigabe des besetzten Gebiets zur Vorbereitung und Vornahme der Wahlen verhandelt werden soll.

Die Vornahme der Wahlen am 19. Januar wird dann mit großer Mehrheit beschlossen.

Ein Antrag der Demokratischen Fraktion, der die Gewährleistung freier Wahlen verlangt und gegen die Ausschreibung polnischer Wahlen für deutsche Landesteile Einspruch erhebt, wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso ein Antrag, der alle Absonderungsbestrebungen verwirft und eine großdeutsche demokratisch-sozialistische Einheitsrepublik fordert. Ein Antrag Däumig, das Rätesystem zur Verfassungsgrundlage zu machen, wird in namentlicher Abstimmung mit 244 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die

Wahl des Vollzugsrats

der Republik (Zentralrat), der aus 27 Mitgliedern bestehen soll.

Volksbeauftragter Ebert: Ein Antrag der Unabhängigen verlangt für den Vollzugsrat das volle Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündung. Er bittet, den Antrag abzulehnen. Damit von der Regierung keine Willkür geübt wird, soll der Zentralrat das Recht haben, die Volksbeauftragten abzuberufen, wenn sie nicht mehr sein Vertrauen haben. Damit sollten sie sich aber begnügen. Nach Möglichkeit werden wir uns bei vorzubereitenden Gesetzen mit dem Zentralrat verständigen. Immer wird das aber nicht möglich sein. Aus sachlichen Gründen bitten wir Sie, weitergehende Anträge abzulehnen. Wir könnten sonst die Verantwortung nicht tragen, auch sind wir nicht willens, dies zu tun.

Volksbeauftragter Barth spricht gegen Ebert für den Antrag Geyer, Volksbeauftragter Landsberg dagegen, mit der Begründung, bei Annahme des Antrags würden wir eine Regierung von 33 Personen erhalten. Das sei nicht möglich. Ueber die Art der Abstimmung entspinnt sich eine lange Geschäftsordnungsaussprache, die zeitweilig einen stürmischen Charakter annimmt. Die Versammlung droht sich aufzulösen. Es herrscht ein

ungeheurer Tumult.

Schließlich wird mit Zettelwahl einem Antrag der Mehrheitssozialisten zugestimmt, wonach sich der Kongreß mit den Erklärungen Haases über das Verhältnis zwischen Vollzugsrat und Volksbeauftragten einverstanden erklärt.

Der Antrag Reinhardts auf Bestellung eines vorläufigen Präsidenten wird zurückgezogen. Bei der Wahl des Vollzugsrats erklärt Braun für die Unabhängigen, daß sie sich nach Ablehnung ihrer Anträge offiziell an der Wahl nicht beteiligen. (Unruhe und Lärm.) Es liegt daher nur eine Liste der Mehrheitssozialisten vor, die auch mit großer Mehrheit angenommen wird.

Darauf erhebt sich bei den Unabhängigen wiederum großer Lärm. Minutenlang herrscht ein großer Tumult. Einzelne Delegierte bringen auf Vertreter der Mehrheitspartei drohend ein. Allmählich nur legt sich die Erregung.

Lüdemann beantragt, die beiden nächsten Punkte der Tagesordnung, Sozialisierung und Friedensfrage, abzusetzen, da die Delegierten das Bestreben hätten, heimzureisen. Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine einstündige stürmische Geschäftsordnungsaussprache, bei der die Versammlungsteilnehmer vollständig außer Rand und Band geraten. Auf der einen Tribüne heben sich die 70 Delegierten, deren Mandate für ungültig erklärt worden sind, niedergelassen und begleiten von dort die Verhandlungen mit lärmenden Zurufen und Drohungen.

Schließlich wird beschlossen, am Freitag noch eine Sitzung stattfinden zu lassen und die beiden erwähnten Punkte zu verhandeln. Schluß 10 Uhr.

Die Entente und die A.- und S.-Räte.

Berlin, 19. Dezember. Der Regierungspräsident zu Köln hat soeben auf Veranlassung des britischen Generalgouverneurs nachstehende Verfügung an die Behörden des von der britischen Armee besetzten Gebiets ergehen lassen: Der britische Generalgouverneur hat angeordnet, daß sich in dem von den britischen Truppen besetzten rechts- und linksrheinischen Gebiete die Arbeiter- und Soldatenräte jeglicher Einwirkung auf Staats- und Kommunalbehörden sowie der Einmischung in Verwaltungsangelegenheiten zu enthalten haben. Hiernach haben die Arbeiter- und Soldatenräte ihre gesamte hierauf bezügliche Tätigkeit einzustellen und sich auch der Benutzung staatlicher und kommunaler Gebäude und Einrichtungen zu enthalten. Ich ersuche ergebenst, dies baldigst den Arbeiter- und Soldatenräten bekanntzugeben und diejenigen Personen, die der Anordnung des britischen Generalgouverneurs entgegenhandeln, mir namhaft zu machen. Die englische Militärbehörde wird dann gegen dieselben einschreiten.

•

Die Amerikaner als Freunde.

Köln, 20. Dezember. Nach der Rheinischen Zeitung erklärte in Ahrweiler der Führer der amerikanischen Besatzungstruppen dem Soldatenrat gegenüber: Die Amerikaner kämen nicht als Feinde, sondern als Freunde; auch betrachteten sie sich nicht als Sieger und wären gewillt, die junge deutsche Republik zu festigen und aufrichten zu helfen. Er erklärte weiter, daß sie jede monarchistische Bestrebung oder die sogenannte Liebknecht- oder Spartakusgruppe verurteilen, daß sie aber die republikanischen Bestrebungen fördern würden. Sie wären auch dagegen, daß das Rheinland an Frankreich angegliedert würde.

Waffenstillstandskommission und Wahlfragen.

Berlin, 19. Dezember. In der Vollsitzung der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa am 18. Dezember fanden eingehende Erörterungen über die Beschränkung der Verkehrssperre zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland zwecks Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung statt. Der Vertreter der deutschen Regierung überreichte eine Note, in der schleunige Beseitigung dieser Verkehrseinschränkungen erbeten wurde, und fügte hinzu, daß es nicht nur im deutschen Interesse liege, wenn baldigst geordnete und verfassungsmäßige Zustände in Deutschland hergestellt werden. Diese sei die Hauptaufgabe der Nationalversammlung, in der das gesamte deutsche Volk, also auch die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete, vertreten sein müsse. Bei der gegenwärtigen Absperrung dieses Landesteils sei aber die ordnungsgemäße Vornahme von Wahlen sowie die hierzu erforderlichen Vorbereitungen ausgeschlossen.

In Beantwortung der Note gab General Rudant der Befürchtung Ausdruck, daß die Frage an höherer Stelle als zu allgemein gehalten betrachtet werden könne, weil aus ihr nicht deutlich hervorgehe, was deutscherseits verlangt werde. Die Wichtigkeit der Wahlen sei unbestreitbar und ihre ordnungsgemäße Durchführung dürfe nicht verhindert werden. Es komme jedoch darauf an, zu wissen, was unter freiem Verkehr zwischen den Gebieten links und rechts des Rheins zu verstehen sei. Es sei klar, daß eine große Angahl unruhestiftender Elemente (Elements de desordre) nicht hin- und herreisen dürfe. Bei Weitergabe der Note in vorliegender Form würde ihm wahrscheinlich geantwortet werden: Das ist zu allgemein gehalten. Dann aber könne sich die Erledigung der Angelegenheit noch sehr lange hinziehen. Von deutscher Seite würden zu dieser Frage nähere Angaben in Aussicht gestellt.

Die deutsche Note, in der Staatssekretär Erzberger der deutschen Kommission in Spa mitteilte, daß wegen Abgabe des Eisenbahnmaterials alles Notwendige veranlaßt worden sei, gab gleichfalls zu Erörterungen Anlaß. Staatssekretär Erzberger hat darin, möglichst bald Verkehrskommissare der Alliierten nach Berlin zu entsenden, damit sie sich von der Durchführung des Vertrags überzeugen könnten. General Rudant erwiderte, daß dieser Vorschlag als ein Beweis für den guten Willen angesehen sei, den die deutschen Behörden in dieser Angelegenheit zeigen wollen. Nach seiner Ansicht laute aber die Hauptfrage: Wie gestaltet sich die praktische Seite der Ausführung und Lieferung. Was diese anbelange, so seien französischerseits alle Maßnahmen getroffen worden, um eine Wiederkehr unangenehmer Zwischenfälle zu vermeiden. Zum Schlusse überreichte General Rudant mehrere Entscheidungen betr. die Regelung des Verkehrs in den besetzten Gebieten, insbesondere im rechtsrheinischen Gebiet zwischen Koblenz und Mainz, und über die Zulassung der Rückkehr rechtsrheinischer Deutscher. Der Vorsitzende der belgischen Kommission bemerkte, daß das Ueberschreiten des Rheins bei Düsseldorf und Duisburg für diejenigen, die sich an ihre Arbeitsstätten begeben wollten, auf Grund eines Ausweises oder eines von der belgischen Militärbehörde abgestempelten Arbeitsbuchs gestattet sei.

Wir und Deutsch-Oesterreich.

Tetschen, Bodenbach und Grottau, Karlsbad, Friedenberg, Trautenau und Grulich sind in den Händen der tschechoslowakischen Truppen; Aussig, Znaim und Grußbach wurden von ihnen eingenommen, die Südslawen versuchen gegen Klagenburg vorzustoßen, und im nordwestlichen Karpathengebiet tut sich eine neue ostslowakische Republik auf. Solche Schlag auf Schlag folgende Nachrichten erwecken leicht den Anschein, als ob das im Norden, Süden und Osten von den Slaven bedrängte Deutschösterreich zu einem bedeutungslosen Nichts einschrumpfe, das, außerstande seinen Freunden etwas zu bieten, binnen kurzem selbst schwindsüchtig zusammenbrechen müsse. Des Volksbeauftragten Lipinski mißtrauisch trübe Aeußerungen über die deutschböhmischen Vorgänge und Entwicklungen verstärken den düsteren Eindruck, und was vor kurzem noch als eine wünschenswerte Wahrscheinlichkeit galt, ich meine den Anschluß Deutschösterreichs an Großdeutschland, wird in der Ueberlegung wieder zu einem fragwürdigen Projekt. Solche Bedenken und Zweifel sind nun aber ganz im Sinne einer gewissen Wiener katholisch-klerikalen Gruppe, die ihre schwindende Herrschaft im Anschluß an das sozialistische Deutschland auf immer verlieren würde, sind im Sinne der Politik der Verbandsmächte, der jede Kleinstaaterei in deutschen Landen nur wünschenswert sein kann, und im Sinne der tschechischen kapitalistischen Republik, die aus guten Gründen die wirtschaftlichen und politischen Kräfte der beiden deutschen sozialistischen Freistaaten nach Möglichkeit auseinanderzuhalten trachten muß. Die Interessen dieser Gegenspieler können nun wohl nicht zugleich unsre Interessen sein, und wenn die Miesmacherei gegen Oesterreich von tschechischer Seite in der deutschen Presse mit Geschick und Fleiß unterstützt wird, so weiß man in Prag eben genau, daß die Ueberschätzung der augenblicklichen Erfolge tschechischer Gewaltmaßnahmen in Deutschland der Mühe und des Geldes wert ist. Die neuesten, da und dort zutage tretenden Bedenklichkeiten in bezug auf Deutschösterreich sind ja nichts andres als Reflexe solcher Ueberschätzung.

Vor allem sei eins festgestellt: Die neue ostslowakische Republik, die weniger Informierten eine weitere Bedrängung Deutschösterreichs zu sein scheint, erschwert dessen wirtschaftliche und politische Lage in keiner Weise. Das Gebiet des jüngsten Freistaates liegt zur Gänze auf ungarischem Boden, die bestehende Marschgrenze bleibt unverändert und die deutschen Sprachinseln dieses Landes (Schemnitz, Kremnitz und die Zips) sind für Deutschösterreich auf jeden Fall unerreichbar. Die Abspaltung des nahezu drei Millionen starken konservativen slowakischen Bauernvolkes, das seit altersher in gehorsamer Abhängigkeit von Awaren, Tschechen, Polen und seit 1918 unter der Herrschaft der Madjaren lebte, dürfte in Prag nicht allzu freudig begrüßt worden sein, und es ist gar nicht so unmöglich, daß diese Separation ihre letzten Urheber in den Kreisen antitschechischer, madjarischer Politiker hat.

Was nun die Ueberrennung deutschböhmischer und deutschmährischer Gebiete durch die Tschechen betrifft, so ist nicht zu übersehen, daß diese „Ausbreitung des Oelflecks", wie ein Genosse diese raschen „Fortschritte und Eroberungen" treffend bildhaft bezeichnete, einstweilen doch nur als eine sehr verlaufige Expansion gewertet werden muß. Deutschösterreich ist gewillt und entschlossen, auf der kommenden Friedenskonferenz sein Recht auf diese zusammenhängenden deutschen Gebiete zu vertreten und, sofern nicht Wilsons Kraft und Gerechtigkeit restlos vor französisch-englischer Vertrauensschacht kapitulieren müssen, trotz alledem und alledem überzeugt, das gute Recht auch zu wahren.

Und wenn auch diese Zuversicht trügt, wenn Wilson, der für seinen Staat den Verzicht auf alle Aneignungen und Entschädigungen klipp und klar ausgesprochen hat, es von seinen Bundesgenossen erdulden müßte, daß sie den sittlichen Unterbau seiner „14 Punkte" um- und abbauen und den Slawen Oesterreichs die Deutschen in Mähren und Nord- und Westböhmen ausliefern, selbst dann ist nicht zu vergessen, daß auch das brutal amputierte Deutschösterreich immer noch ein einheitliches, geschlossenes, von der kompakten Menge von zehn Millionen Deutschen bewohntes und bewirtschaftetes Gebiet mit 500 Kilometer Längen- und 250 Kilometer Breitenausdehnung ist, dessen Ausfuhr künftig noch mehr als bisher nach Großdeutschland gerichtet sein wird, mit dem es mehr als 500 Kilometer gemeinsamer Grenze, die Donau und fünf Hauptbahnlinien unmittelbar verbinden. Und dieses Deutschösterreich, das vor dem Kriege jährlich für 70 Millionen Mark Holz und für 30 Millionen Mark Großvieh nach Deutschland liefern konnte, steht gerade jetzt, da all die Kräfte und Werte frei werden, die bisher mittelbar und unmittelbar den Interessen der habsburgischen Hausmacht aufgeopfert werden mußten, am Anfange einer neuen, freien und vielversprechenden Entwicklung.

Deutschösterreich hat noch zu bieten! Da sind die Wasserkräfte der Alpen, deren ungeheure, bisher zum allergrößten Teil ungenützte Energie von fünf Millionen Pferdekräften der Technik und Industrie der Zukunft von unschätzbarem Werte sein werden, da ist ein Viehstand von sieben Millionen Rindern (zehnmal mehr als in Sachsen) und zwei Millionen Schafen (40mal mehr als in Sachsen), da ist, neben den Salzbergwerken Tirols und des Salzkammergutes, wertvoller als der Edelmetallschatz der Alpen, dessen Ausbeutung bisher nur unsicher und tastend versucht wurde, der Erzberg bei Eisenerz in Steiermark. Seit den Tagen der Römer wird dieser Berg von Eisen auf die bequemste und billigste Art im Tagbau abgeerntet, sein Erz im letzten Jahrzehnt einfach vom offenen Lager auf die Eisenbahnzüge verladen.

Und die weitaus ertragreichsten Eisenbergwerke Deutschlands, die lothringischen, fallen in Zukunft aus! —

Niemals hatte das deutsche Volk mehr Ursache, alle seine Kräfte zu gemeinsamer Arbeit und Wirtschaft zu sammeln als jetzt, da es die Abneigung aller engeren und weiteren Nachbarvölker zu besiegen gilt, die ihm die plumpe und gewalttätige Herrenpolitik seiner Kronenträger und Säbelrasler hinterlassen hat. Niemals war spar- und arbeitsame Einheitswirtschaft notwendiger als nun. Wer darf jetzt auf die unmittelbare Mitarbeit des siebenten Teiles aller zum gemeinsamen Wiederaufbau verfügbaren Arbeitskräfte, die das deutschösterreichische Volk darstellt, leichten Herzens verzichten? Wer mag in dieser „Zeit der schweren Not" ein ganzes Siebentel der gesamten Sprachgenossenschaft eigne Wege gehen heißen, um verfrühter und dumpfer Bedenklichkeiten willen eine Zersplitterung zulassen, die allen Gegnern der deutschen sozialistischen Republik hochwillkommen sein muß?

„Es kann sich nur um eine Zusammenfassung aller Kräfte handeln, denn Sozialismus ist nicht Dezentralisation, sondern Zentralisation," erklärte Lipinski am 3. Dezember.

„Das deutsche Oesterreich muß mit uns sein und bleiben!" forderte im Frankfurter Parlament der greise Revolutionär Ludwig Uhland. K.

Tschechen und Böhmen.

Das unbequeme Ideal!

Prag, 19. Dezember. Beim Empfang einer Abordnung des Deutschen Böhmerwaldbundes erklärte Ministerpräsident Kramarsch, daß die tschecho-slowakische Republik innerhalb der Grenzen des ehemaligen Königreichs Böhmen kein Gebiet als strittig anerkennen könne, zumal da nach den mit dem Verbande geschlossenen Verträgen das ganze Land dem tschecho-slowakischen Staate zuerkannt sei. Das Selbstbestimmungsrecht sei eine Art idealer Zukunftsgedanke, der auf Böhmen keine Anwendung finde. Die Deutschen könnten aber versichert sein, daß ihre kulturelle und nationale Entwicklung unangetastet bleibe.

Eine internationale Arbeiter-Konferenz.

Ein Beschluß der englischen Arbeiter.

London, 19. Dezember. Der parlamentarische Ausschuß des Gewerkschaftskongresses und der nationale ausführende Ausschuß der Arbeiterpartei kamen heute zusammen, um über die vorgeschlagene internationale Arbeiterkonferenz, die gleichzeitig mit der offiziellen Friedenskonferenz abgehalten werden soll, zu beraten. Die beiden Ausschüsse kamen überein, zusammen mit den Arbeiter- und den sozialistischen Parteien der andern Länder eine internationale Konferenz für Anfang Januar einzuberufen. Die Ausschüsse würden es vorgezogen